



133. Plenartagung des Europäischen Ausschusses der Regionen

Aussprache mit Haushaltskommissar Günther Oettinger über den Stand der Verhandlungen zum EU-Haushalt und zur Kohäsionspolitik

Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) tagte vom 06. - 07.02.2019 in Brüssel.

Vorbereitend fand eine gemeinsame Sitzung der deutschen und österreichischen AdR-Mitglieder statt. Schwerpunkt der Sitzung war eine Aussprache mit Kommissar Günther Oettinger über den Stand der Verhandlungen zum EU-Haushalt und zur Kohäsionspolitik. Er betonte, dass es angesichts der notwendigen Vorlaufzeiten für die neuen Förderinstrumente und Programme ganz wesentlich darauf ankäme, eine Einigung über den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen im Oktober zu erreichen. Von Österreich erhoffte er sich, dass es nicht weiter an der 1% Obergrenze (Niveau des Haushalts in Relation zum Bruttonationaleinkommen der EU) festhalte. Von Deutschland erwarte er mehr Initiative, die Verhandlungen nach vorne zu bringen.

Die AdR-Tagung war dem Gedenken an Pawel Adamowicz, dem Danziger Oberbürgermeister und Mitglied des AdR, gewidmet. AdR-Präsident Karl-Heinz Lambertz würdigte die Verdienste des getöteten Politikers um die europäische Politik. Einstimmig angenommen wurde eine fraktionsübergreifend eingebrachte Entschließung zum Thema Bekämpfung von Hassreden und Hassverbrechen. Hingewiesen wird auf die besondere Situation von Regional- und Lokalpolitikerinnen und -politikern, die aufgrund ihrer Bürgernähe häufiger Opfer von Hass und körperlicher Gewalt werden.

Der für Bildung, Kultur, Jugend und Sport zuständige Kommissar Tibor Navracsics führte aus, wie wichtig die seinem Zuständigkeitsbereich unterfallenden Bereiche für das europäische Bewusstsein seien. Im Hinblick auf die zukünftige Programmgeneration müsse stärker darauf geachtet werden, die Synergien untereinander zu stärken. Besonders betonte er die Bedeutung der Bildung im Digitalbereich und die Stärkung der grenzüberschreitenden kulturellen Zusammenarbeit. Angenommen wurde in diesem Zusammenhang eine Stellungnahme des Bremer AdR-Mitglieds Ulrike Hiller (SPE).

Die rumänische Ministerpräsidentin Vasilica Viorica Dăncilă erläuterte die Prioritäten des rumänischen Ratsvorsitzes. Angesichts großer Herausforderungen, wie z. B. Brexit und Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen, müsse Europa Einigkeit und Solidarität zeigen. Deshalb konzentriere sich die rumänische Ratspräsidentschaft auf den fundamentalen Wert des Zusammenhalts in allen Dimensionen, der politischen, wirtschaftlichen und sozialen.

Des Weiteren erfolgte eine Debatte über den Beitrag der Städte und Regionen zur Entwicklungspolitik der EU. Der als Gast geladene Vorsitzende des Rates der Gebietskörperschaften der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion François Albert Amichia führte aus, dass die dezentrale Entwicklungspolitik von enormer Bedeutung sei. Seitens der AdR-Mitglieder wurde betont, dass die regionale Zusammenarbeit mit Afrika gerade im Hinblick auf die Migration wichtig sei.

Inhaltlich hat sich der AdR darüber hinaus mit einer Vielzahl weiterer Themen befasst und insbesondere folgende Beschlüsse gefasst:

- Kreatives Europa und aufgrund ihrer Bürgernähe eine neue europäische Agenda für Kultur;
- Vorschlag für eine Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache;
- Straffung der Umsetzung der Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V);
- Eine erneuerte europäische Agenda für Forschung und Innovation;
- Künstliche Intelligenz für Europa;
- Bekämpfung von Desinformation im Internet: ein europäisches Konzept;
- Straßenverkehrssicherheit und automatisierte Mobilität;
- Der Weg zu einem 8. Umweltaktionsprogramm;
- Die Digitalisierung im Gesundheitswesen.

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



Weiterführende Informationen:

<https://cor.europa.eu/en/events/Pages/133rd-cor-plenary-session.aspx>